

Verantwortung fördern, nicht Anlagen

Lebhafte Diskussion beim Workshop „Energiewende gestalten“



Eigentlich gehöre das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgeschafft. Darin waren sich die Podiumsteilnehmer beim Workshop „Energiewende gestalten“ der Jenaer Allianz am 15. Mai in Köln einig. Auch in der lebhaften Diskussion mit dem Publikum regte sich kein Widerstand gegen diese Einsicht. Doch klar wurde auch: Investitionssicherheit der Unternehmen und fehlende politische Mehrheiten stehen diesem Schritt im Wege.

Auf Einladung des Kooperationsnetzwerkes, dem auch der BKU angehört, diskutierten die BKU-Bundesvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Marie-Luise Dött, MdB, Professor Achim Wambach, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft, Michael Gessner vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium und der Unternehmer Johannes Oswald (Oswald Elektromotoren GmbH).

„Der größte Beitrag, den Deutschland zur Energiewende leisten kann, ist Forschung und Entwicklung“, konstatierte Wambach. Mit einer langfristigen politischen Linie anstelle der schwankenden Rahmenbedingungen für energiewirtschaftliche Investitionen könne man hier viel erwarten. Oswald bezeichnete die bisherigen Forschungsergebnisse, etwa zur Speicherung von Strom, als „Armutzeugnis“. Die Erhöhung der bislang „lächerlich geringen“ Speicherkapazität ist entscheidende



Das Podium (v.l.): Der Unternehmer Johannes Oswald, Marie-Luise Dött, MdB, Moderator Steffen J. Roth, Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Michael Gessner und Professor Achim Wambach. Foto: iwip

Voraussetzung dafür, dass die wetterabhängigen erneuerbaren Energien zur Versorgungssicherheit beitragen können. „Geben Sie uns nur vernünftige Rahmenbedingungen“, appellierte das BKU-Mitglied. Statt Anlagen zu fördern, müsse Verantwortung honoriert werden: Verantwortung der Unternehmen für den Strom, den sie erzeugen.

Derzeit bestimmen das EEG und das Emissionshandelssystem den politischen Rahmen. Das EEG gewährt Produzenten 20 Jahre Abnahmegarantie für ihren Strom, egal wann er anfällt. Zugleich konterkarieren sich die beiden Instrumente. Das Emissionshandelssystem setzt am Preis für den Ausstoß von CO₂ an. Für Wambach der richtige Weg: „Die Leute lassen sich etwas einfallen, wenn der Preis steigt“, sagte er und verwies auf den Ölpreisschock. Der CO₂-Ausstoß sei damals stagniert, obwohl das Sozialprodukt weiter wuchs.

Das EEG verzerrt den Preis für die Emissionszertifikate. Durch den niedrigen Preis bleibe die CO₂-intensive Energiegewinnung attraktiv, während etwa Gaskraftwerke verdrängt würden, so der Ökonom. Das Ziel, CO₂ zu reduzieren, werde konterkariert. Die

Konsequenz des Wissenschaftlers: Das EEG abschaffen.

Die BKU-Vorsitzende Dött stimmte in der Sache zu – warnte aber, dass politische Mehrheiten dafür fehlten. Neben Widerstand der Bundesländer sei in der Öffentlichkeit zuvor einige Überzeugungsarbeit zu leisten. Bei Fortbestand des EEG seien die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen unverzichtbar. „Ich stimme dem Wirtschaftsminister zu, dass 40 Euro weniger Stromkosten im Jahr nicht den Verlust Hunderttausender Arbeitsplätze rechtfertigen“, sagte Dött. Gessner mahnte trotz Vorbehalten gegen das EEG, die Investitionssicherheit nicht durch rückwirkende Gesetzesänderungen zu gefährden. Auch sei ein Ausbau Erneuerbarer Energien allein durch den Emissionshandel nicht zu erwarten.

Eine Technologieförderung mit diesem Ziel sei weniger schädlich als die Förderung regenerativ erzeugter Energie, bekräftigte Wambach. Der F&E-Förderung für Speicher und andere Technik von 340 Millionen Euro jährlich stünden 20 Milliarden Euro an Subventionen für Erneuerbare Energie gegenüber – ein Missverhältnis, kritisierte er. Dr. Vera Bünningel